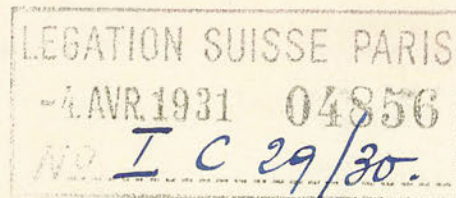


Eidgenössisches
Volkswirtschaftsdepartement

Département fédéral
de l'économie publique

Bern, den 1. April 1931.



An die

Schweizerische Gesandtschaft,

Paris.

Herr Minister!

Veranlasst durch Anfragen der Gesandtschaften in Paris und London beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion durchaus ruhig beurteilen und uns darüber nicht aufregen.

Als der deutsche Geschäftsträger dem Unterzeichneten die Mitteilung des prinzipiellen Einverständnisses machte, erklärten wir ihm, dass wir uns eigentlich nicht klar seien, was erreicht werden soll und es scheine uns nicht ohne weiteres gegeben, dass die Zollunion eine fühlbare Verbesserung der Absatzmöglichkeiten bringen werde, da die Wirtschaftsverhältnisse der beiden in Frage stehenden Länder sich zu stark gleichen und diese eigentlich nicht geeignet seien, um sich gegenseitig zu ergänzen. Man antwortete uns, dass die Initiative von Oesterreich ausgegangen sei, welches behauptete, unter den heutigen Umständen nicht existieren zu können. Es sei nichts anderes übrig geblieben, nachdem alle andern erörterten Möglichkeiten, plurilaterale Bindungen, Zollwaffenstillstand, action ultérieure, usw. dahingefallen seien. Offenbar verspricht man sich von der Erweiterung des Zollgebietes doch gewisse Vorteile, die unseres Erachtens immerhin etwas problematisch sind. Es war für uns von grossem Interesse, heute in



- 2 -

Zürich von einem bekannten schweizerischen Industriellen zu hören, dass ihm ein deutscher Grossindustrieller in den letzten Tagen erklärt habe, man sei in seinen Kreisen und überhaupt in Deutschland von dem ganzen Projekte gar nicht entzückt. Deutschland habe kein Interesse, sich mit Oesterreich in eine Zollunion einzulassen, da dort die Preise erheblich tiefer stehen, woraus sich eine Konkurrenzierung der deutschen Produktion ergeben werde.

Was die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz anbetriift, so glauben wir ^{trotzdem} hier nicht, dass die zollfreie Einfuhr Oesterreichs auf dem deutschen Markt unserm Export nach Deutschland wesentlich schaden würde, da wir dort bereits mit der Produktion der hochentwickelten deutschen Industrie in Konkurrenz stehen. Die soeben erwähnte Aeusserung des deutschen Grossindustriellen beweist jedoch, dass hier eine andere Auffassung möglich ist. Indessen befürchtet man bei uns eher die Konkurrenz Deutschlands auf dem österreichischen Markt. Immerhin muss man sagen, dass es sich auch hier um Annahmen handelt und dass ein definitives Urteil zu fällen heute nicht möglich ist. Es kommt auch darauf an, welche Zölle an der österreichisch-deutschen Grenze aufrechterhalten werden und auf wie lange dies geschieht. Dem Vernehmen nach sollen einstweilen ziemlich wichtige Industriezölle weiter bestehen, und die Erfahrung zeigt, dass solche Provisorien oft ziemlich dauerhaft sind. Würde auf der andern Seite die Zollunion der deutschen und der österreichischen Wirtschaft wirklich zu ernstlichem Nutzen gereichen und die wirtschaftliche Lage in diesen beiden Ländern besser gestalten, so würden wir aus der daherigen Steigerung der Kaufkraft Nutzen ziehen können. Ob aber dieser Effekt eintreten wird, ist, wie wir bereits hervorhoben, fraglich.

In Wien und Berlin scheint man auf den Beitritt anderer Länder gehofft zu haben. Damit würden sicherlich die

- 3 -

Bedeutung und der Wert des Abkommens gesteigert. Allein ein objektiver Beobachter muss sich sofort sagen, dass für eine solche weitere Entwicklung kaum eine begründete Aussicht besteht.

In der Neuen Zürcher Zeitung haben wir gelesen, dass man in Bern die Befürchtung hege, die Deutschen könnten infolge dieser Zollunion ihren Handelsvertrag kündigen. Diese Bemerkung beruht auf einer missverständlichen Auffassung einer Aeusserung des Herrn Dr. Wetter. Eine solche Gefahr besteht nicht. Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag wirkt sich gegenteils für unsern nördlichen Nachbar so günstig aus, dass wir gezwungen sind, auf eine Aenderung der Verhältnisse zu dringen. Unser Export nach Deutschland geht zurück, der deutsche Import steigt. Die aus einer Zollunion resultierende freie Einfuhr zwischen zwei Ländern überträgt sich selbstverständlich durch die Meistbegünstigungsklausel nicht auf die andern Staaten. Eine Frage, die wohl viel zu reden geben würde, wenn aus dem Projekte etwas würde, wäre die, ob bei prinzipieller Aufrechterhaltung gewisser, an der deutsch-österreichischen Grenze bezogener Zölle allfällige Herabsetzungen ^{derselben} auch andern Ländern zugute kämen. Auch hierauf wird man heute eine definitive Antwort nicht geben können.

Als eine weitere mögliche Folge der deutsch-österreichischen Zollunion würde die Kündigung des französisch-deutschen Handelsvertrag erwähnt und dabei gleichzeitig die Frage aufgeworfen, welche Rückwirkungen für unsere Wirtschaft daraus resultieren würden. Es ist nicht zu leugnen, dass durch den Hinfall des erwähnten Vertrages in Frankreich auf einer ganzen Reihe von Zollpositionen auch uns gegenüber

- 4 -

Erhöhungen eintreten würden, da die Deutschland zugestandenen Herabsetzungen sich zurzeit durch die Meistbegünstigung auch auf unsern Export übertragen. Wäre dies an und für sich unangenehm und eventuell sogar schädlich, so lässt sich auf der andern Seite nicht sagen, ob durch die mit einer solchen Kündigung verbundene Einschränkung des deutschen Exports nach Frankreich die Schweiz nicht, wie auch schon in andern Fällen, dadurch gewinnen würde, dass die deutsche Konkurrenz differentiell behandelt und ausgeschaltet würde. Es kann aber auch nicht geleugnet werden, dass der Hinfall von Handelsverträgen, auch wenn sie uns nicht direkt betreffen, zu einer Ausdehnung der Hochschutzzollpolitik Anlass geben und dadurch die internationalen Handelsbeziehungen überhaupt ungünstig beeinflussen kann.

Il semble que le dénouement du traité avec l'Allemagne entraînerait la décadence du traité avec la France, l'Italie et la Belgique.

Sie sehen also, dass es heute sehr schwer ist, die wirtschaftlichen Auswirkungen in bestimmter Weise vorauszu- sehen. Im allgemeinen wird man ja wohl sagen dürfen, dass vom Standpunkt der Schweiz aus der jetzige Zustand einer deutsch-österreichischen Zollunion vorzuziehen sei. Durch eine Zusammenlegung der beiden Zollgebiete wird die Macht unseres Gegenkontrahenten bei Vertragsverhandlungen gestärkt und solche Verhältnisse können sich bekanntlich unangenehm auswirken. Wir glauben indessen mit den Vertretern des Vororts, die wir heute zufällig in Zürich zu treffen Gelegenheit hatten, dass die ganze Lage auch deshalb um so ruhiger beurteilt werden soll, als die Realisierung des ganzen Projektes noch keineswegs sicher ist. Ganz abgesehen von allen äussern Schwierigkeiten, die an sich schon sehr gross sind und nach unserem Gefühle wohl die deutsch-österreichischen Bestrebungen zum Scheitern bringen werden, dürfte die Ausarbeitung des Zollunionsvertrages

- 5 -

zwischen den Kontrahenten noch zu langen Diskussionen Anlass geben. Ob die dabei auftauchenden Schwierigkeiten überbrückt werden können, ist auch noch keineswegs sicher.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt es sich, wie auch in der gestrigen Sitzung des Bundesrates betont wurde, dass sich die schweizerischen Vertreter reserviert verhalten. Rechtlich haben wir keine Möglichkeit, gegen die Zollunion Einspruch zu erheben. Unser Wunsch aber wird weder für das Scheitern noch für die Realisierung des Projektes von Bedeutung sein und es hat daher auch keinen Zweck, sich in dieser Frage zu exponieren.

Viel mehr als die wirtschaftlichen Fragen haben politische Erwägungen zu der grossen Aufregung beigetragen, die man vielfach konstatieren konnte. Man betrachtet vielerorts die Zollunion als die Vorbereitung des politischen Anschlusses. Deutschland und Oesterreich versichern, dass es sich ~~nicht~~ um eine rein wirtschaftliche Aktion und nur um eine völkerrechtliche, nicht aber um eine staatsrechtliche Bindung handle. Es ist nicht unsere Sache, darüber ein endgültiges Urteil zu fällen. Sicherlich kann nicht ~~geleugnet~~ werden, dass ein Zollanschluss den politischen Anschluss zu präparieren geeignet ist. Ob aus dieser Feststellung der Schluss gezogen werden darf, dass heute schon auf die politische Vereinigung hingezielt werde, ist eine andere Frage.

Sie wissen, dass der Bundesrat die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes als im ~~seiner~~ Interesse der Schweiz gelegen betrachtet und wünscht, dass der Anschluss Oesterreichs an Deutschland nicht erfolge. Die Gründe hiefür brauchen wir Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Trotzdem glauben wir in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat, dass die schweizerischen Vertreter auch in dieser Beziehung Reserve beobachten

- 6 -

und auf eine Erörterung dieser Frage zurzeit nicht eintreten sollten. Sie sehen also, dass wir das deutsch-österreichische Projekt hier durchaus ruhig beurteilen und der Meinung sind, dass die Entwicklung der Dinge abzuwarten sei. Wir möchten jedoch gleichzeitig betonen, dass die wirtschaftliche Lage Europas eine ernste ist und dass ^{die} europäischen Probleme im allgemeinen, wie auch das österreichische im besondern, durch eine Verhinderung des heute in Frage stehenden Projektes nicht aus der Welt geschafft sind.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie dem weiteren Verlauf der Frage Ihre Aufmerksamkeit schenken und uns hierüber wie auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt unterrichten.

Seitdem das Vorstehende geschrieben worden ist, haben wir noch einige weitere Auskünfte erhalten. In Uebereinstimmung mit Mitteilungen, die die Berliner Gesandtschaft macht, ist festzustellen, dass das Zollunionsprojekt in Deutschland vielfach lebhaft, ja sogar bitter kritisiert wird. Ueberdies ist man mit dem Vorgehen nicht einverstanden, das nur geeignet sei, internationale Verstimmungen hervorzurufen. Speziell in der deutschen Sozialdemokratie ist die Stimmung eine sehr laue und zurückhaltende.

Was Oesterreich anbetrifft, so scheint Schober die Seele des Projektes zu sein. Ginge er oder müsste er gehen, so wäre ^{dies} offenbar der Anfang vom Ende des Planes. Die Wiener Bankwelt sei nicht damit einverstanden. In beiden Ländern aber namentlich in Deutschland gibt man sich Rechenschaft, dass bei der Sache nicht viel zu holen sein wird. Man machte

- 7 -

auch Andeutungen, dass Oesterreich schliesslich vielleicht auf irgend eine Art und Weise beruhigt und abgefunden werde z.B. mit einem weiteren Anleihen und um diesen Preis auf die Zollunion wieder verzichte.

Ganz interessant ist auch eine weitere zuverlässige Mitteilung, wonach gerade in wichtigen deutschen Kreisen diese Zollunion nicht etwa als die Vorbereitung zum Anschluss betrachtet werde sondern als gleichsam als dessen Ersatz. Der Anschluss selbst wird in einsichtigen deutschen Kreisen mit Rücksicht auf die Verhältnisse Oesterreichs und der dortigen Mentalität nicht als wünschenswert betrachtet. Dabei mag auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass nur das katholische und sozialistische Element Deutschlands verstärkt würde. In Berlin bei der Regierung scheint die Erwägung schliesslich massgebend gewesen zu sein, dass Deutschland seine Zollgrenze bis an die Balkanstaaten heranzutragen wünscht. Aber auch hierüber sind die Meinungen selbst in Regierungskreisen geteilt. Die von uns erhaltenen bezüglichen Aufschlüsse werden durch Mitteilungen unserer Gesandtschaft in Berlin bestätigt. Die Unsicherheit, ob aus der Sache etwas wird, ist ein Grund mehr, unsern Vertretern im Ausland zu raten, sich in der Angelegenheit reserviert zu verhalten und mit Urteilen, über die man ja verschiedener Ansicht sein kann, nicht hervorzutreten.

Wir fügen noch bei, dass sowohl die wirtschaftliche wie die politische Seite der Angelegenheit vom Bundesrat besprochen wurde und wir wollten, zumal als Herr Motta zurzeit abwesend ist, Sie hievon verständigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Eidgenössisches
Volkswirtschafts-Departement

L. Motta